

Beschluss der 32. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 07.03.2009

Impulse für eine chancengerechte Bildung

(a) Bildung ist mehr als Schule

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen stellen fest, dass die Diskussionen über die schulische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland in den vergangenen Jahren u.a. aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studien intensiv geführt wurden. Dabei wird der Maßstab für die Qualität des Bildungswesens jedoch nahezu ausschließlich an der Verwertbarkeit des erworbenen Schul-Wissens für die spätere berufliche Tätigkeit ausgerichtet. Nur selten findet die Frage Berücksichtigung, wie es gelingen kann, junge Menschen anknüpfend an ihre eigenen Lebenswelten, Motivationen und Begabungen in ihrer Entwicklung zu selbstbewussten, wissenden und lernenden Persönlichkeiten zu bilden, zu betreuen und zu erziehen (vgl. bereits den 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung 2005).

Kinder und Jugendliche selbst und ihre Potenziale müssen zum Maßstab der Qualität des Bildungswesens werden. Das bedeutet:

- Der Lebenslauf und die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen müssen in den Mittelpunkt aller Überlegungen zur (Neu-)Gestaltung des Bildungswesens gestellt werden. Nur so wird es möglich sein, herkunftsabhängige ungerechte Startchancen durch das Bildungssystem nicht noch weiter zu verstärken und ein System sozialer Ungerechtigkeit ständig zu reproduzieren.
- Der Blick auf die Bildungsbiografie junger Menschen darf sich nicht auf Schule beschränken, sondern muss auch Jugendarbeit, Familie, die

selbstgestaltete Freizeit und andere Orte informeller und non-formaler Bildung junger Menschen mit einbeziehen.

- Lernen darf nicht nur einseitig auf einen späteren Beruf hin erfolgen, sondern muss auf alle Lebensbereiche hin ausgerichtet sein und die gesamte Persönlichkeit umfassen.

(b) Chancengerechte Bildung und soziales Lernen

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen fordern alle Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, insbesondere die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker, auf, das deutsche Bildungssystem deutlicher an seinen Möglichkeiten zu messen, Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Verhältnissen gleiche (Erfolgs-)Chancen zu bieten wie denen, deren Eltern aus den oberen sozialen Milieus kommen.

Dazu gehört, dass

- die Inhalte der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern dahingehend verändert werden, dass die Befähigung zur Vermittlung von sozialem Lernen einen höheren Stellenwert einnimmt,
- die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass innerhalb von Bildungseinrichtungen, insbesondere der Schulen, kontinuierlich und partnerschaftlich interdisziplinär mit Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Psychologinnen und Psychologen gearbeitet werden kann,
- die Diskussionen um die verschiedenen Schulformen vor dem Hintergrund der bestmöglichen Förderung von Kindern und Jugendlichen und nicht um der bildungspolitischen Ideologie willen geführt werden,
- Kinder und Jugendliche mehr bei Entscheidungen, die sowohl ihren Schulalltag als auch ihre Freizeit betreffen, beteiligt werden und entsprechendes Engagement in Vertretungsgremien gefördert wird,
- es neben der Orientierung an fachlichen Inhalten eine stärkere Begleitung des individuellen Lern- und Entwicklungsprozesses von Kindern und Jugendlichen zum Erwerb von Sozialkompetenzen und zur Stärkung der Persönlichkeit gibt.

(c) In Bildung investieren

Die Jugendverbände fordern alle gesellschaftlichen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger auf, mit einer klaren Priorität in Bildung zu investieren. Der verstärkte Ausbau frühkindlicher Erziehung, Bildung und Betreuung und die damit verbundenen Qualitätssteigerungen müssen sich auch im Kindes- und Jugendalter fortsetzen und somit auf die gesamte Bildungslaufbahn ausgeweitet werden.

Ein kinder- und jugendorientiertes Bildungswesen braucht ausreichende finanzielle Mittel, um allen Kindern und Jugendlichen den gerechten Zugang zu Bildungschancen zu ermöglichen, insbesondere um

- die Rahmenbedingungen für eine gelingende und für alle Seiten bereichernde Zusammenarbeit zwischen den außerschulischen Trägern der Jugendarbeit und den Schulen zu verbessern,
- die Dezentralität von Schule und Jugendarbeit zu stärken, um Schülerinnen und Schülern ein wohnortnahes Bildungsangebot zu gewährleisten und so die strukturellen Belastungen der Schülerinnen und Schüler z.B. durch lange Fahrzeiten nicht noch weiter zu steigern,
- die Chancengleichheit in der Bildungslandschaft durch die freie Wahl von Schule und Bildungsangeboten zu stärken,
- die vollständigen Bildungskosten von Kindern und Jugendlichen im Sozialleistungsbezug in den Regelsatz aufzunehmen,
- sozial benachteiligte Familien professionell zu begleiten, um den Kindern aus diesen Familien die bestmögliche Bildung zu ermöglichen.

(d) Jugendverbände gestalten Zukunft

Die Jugendverbände des Landesjugendringes verstehen sich als Bildungsträger in der Kinder- und Jugendhilfe. Diesen liegt ein umfassendes Bildungsverständnis zugrunde, zu dem fundamental das Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverständigung, nach Mitbestimmung und Mitgestaltung, nach Solidarität und Solidarisierung sowie die aktive soziale und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme gehören (vgl. Beschluss der 27. ordentlichen Vollversammlung des LJR vom 06.03.2004: Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule). Die ernsthaften Sorgen um die bestmögliche und gleichberechtigte Förderung von Kindern und Jugendlichen im bestehenden Bildungssystem sind von diesem Selbstverständnis getragen.

In ihrem aktuellen Zukunftsprojekt „next2020“ entwickeln die Jugendverbände ein umfassendes Zukunftsszenario für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft im Jahr 2020. Einen Schwerpunkt werden die Jugendverbände dabei auf die Entwicklung von Zukunftsvisionen von Schule und Bildung legen. Sie werden auf notwendige gesellschaftliche Veränderungen eingehen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

**Beschluss der 32. ordentlichen Vollversammlung des
Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 07.03.2009**

**Zwei Nachmittage vom
Pflichtunterricht freistellen**

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordern das Land Niedersachsen auf, mithilfe schulorganisatorischer Regelungen sicherzustellen, dass landesweit einheitlich regelmäßig zwei Nachmittage in der Woche vom Pflichtunterricht freigestellt werden, damit Jugendliche die Möglichkeit haben, an außerschulischen Angeboten teilzunehmen bzw. diese verantwortlich durchzuführen.

Um der zeitlichen und der psychischen Überlastung der Schülerinnen und Schüler vorzubeugen, gilt es, die Möglichkeit zur Teilnahme an ausgleichender Betätigungen zu schaffen.

Beschluss der 32. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 07.03.2009

Die Förderung ehrenamtlichen Engagements kann nur gemeinsam gelingen

Jugendarbeit ist der Grundstein des bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilliges Engagement ist aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken. Die Bürgergesellschaft lebt davon, dass fast jede-r Zweite in Niedersachsen in ihrer/seiner Freizeit aktiv ist - sei es in Verbänden, Kirchen, Vereinen, Initiativen oder Parteien.

Dem freiwilligen Engagement von jungen Menschen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Wer sich in seiner Jugend ehrenamtlich engagiert, ist auch als Erwachsene-r überdurchschnittlich häufig freiwillig engagiert - die Gesellschaft profitiert also auch langfristig, wenn junge Menschen aktiv sind (vgl. DJI-Studie „Kompetenzerwerb im Freiwilligen Engagement“ 2008).

Für die Jugendlichen bietet das Engagement gute Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu beteiligen, sie lernen, dass es sich lohnt, sich für Interessen einzusetzen und Projekte voranzutreiben, und sie entwickeln Qualifikationen, die nicht nur im Engagement, sondern auch in der Lern- und Arbeitswelt immer stärker gefragt sind: Teamwork, Konfliktfähigkeit, Toleranz und soziales Verhalten.

Junge Menschen engagieren sich vor allem in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld für andere junge Menschen und sind überwiegend im Bereich der Jugendarbeit aktiv (vgl. Shell-Jugendstudie 2006 und Prognos Engagement-Atlas 2009).

Aus diesen Gründen kommt der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu - dieses Engagement ist eng mit der Juleica verknüpft, die als Qualifika-

tions-, Legitimations- und Anerkennungsinstrument aus der Jugendarbeit nicht mehr wegzudenken ist.

Die allgemeine Würdigung ehrenamtlichen Engagements von Politiker-innen und Unternehmer-inne-n helfen Jugendleiter-inne-n allerdings nur dann weiter, wenn diesen Aussagen auch das entsprechende Handeln folgt. Die Jugendverbände in Niedersachsen fordern daher:

1. Der Bildungsauftrag der Schulen darf sich nicht auf den Lernstoff der Fächer beschränken; Schüler-innen sollen auch ermutigt und motiviert werden, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dafür ist es notwendig, dass Schulleitungen und Lehrer-innen auch auf das ehrenamtliche Engagement ihrer Schüler-innen Rücksicht nehmen und den Jugendlichen Freiräume für außerschulisches Engagement bieten. Ganztagschulen müssen sicherstellen, dass die nötigen Zeitfenster für freiwilliges Engagement planbar von schulischen Verpflichtungen freigehalten werden. In der Kooperation von Schulen mit Jugendverbänden ist es notwendig, die Arbeitsmöglichkeiten der Ehrenamtlichen in Ganztagsschulangeboten zu verbessern.
2. Durch die zunehmende Verkürzung der (Fach-)Hochschulen und enge Studienpläne stehen viele Studierende vor der Herausforderung, ihr Engagement parallel zum Studium aufrecht halten und leisten zu können. Dadurch haben Jugendverbände immer häufiger die Schwierigkeit, qualifizierte Teamer-innen für Seminare zu finden. Daher ist es dringend notwendig, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen auf das Studium angerechnet werden können und dass eine Anrechnung des Engagements auf Studienzeiten möglich wird.
3. Unternehmen können durch die großzügige Freistellung ihrer Mitarbeiterinnen für die Betreuung von Ferienfreizeiten und Seminaren der Jugendverbände unter Fortzahlung des Lohnes maßgeblich dazu beitragen, dass es auch zukünftig ein attraktives nichtkommerzielles Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Niedersachsen gibt. Das Land Niedersachsen und die Kommunen müssen hier bei ihren Beamt-inn-en und Angestellten mit gutem Beispiel vorangehen und bei Unternehmen, an denen sie beteiligt sind, entsprechende Regelungen durchsetzen.
4. Sowohl durch die besondere gesellschaftliche Bedeutung des Engagements junger Menschen als auch durch die umfassende Qualifikation der Jugendleiter-innen kommt der Anerkennung der Jugendleiter-innen eine besondere Bedeutung zu, der sich Land und Kommunen bewusst sein müssen. Dies bedeutet auch, dass die Juleica auch zur Inanspruchnahme von Leistungen berechtigen muss, die anderen Ehrenamtlichen, wie z.B. den Inhaber-inne-n der Ehrenamtscard, gewährt werden.
5. Insbesondere Kommunen können viel dafür tun, das Engagement von Jugendlichen zu fördern. Mit Dankeschön-Veranstaltungen und einer guten und unbürokratischen Förderung von Aktionen der Jugendarbeit tragen sie maßgeblich zur Wertschätzung der Arbeit bei und entfalten nachhaltige Potenziale bei den Jugendleiter-inne-n.

6. Die Formen des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit sind seit Jahren einem Wandel unterworfen: Neben längerfristigem Engagement wollen sich junge Menschen zunehmend projektorientiert einbringen. Der starke Druck, dem junge Menschen heute vermehrt durch Ausbildung, Studium, arbeitsplatzbedingten Umzug oder durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur ausgesetzt sind, verschärfen diesen Trend noch weiter. Daher ist es immer mehr notwendig, die regionalen Strukturen der freien Jugendarbeit zu stärken und mithilfe von hauptamtlichem Personal die Ehrenamtlichen zu unterstützen und zu qualifizieren. Mit einem entsprechenden Förderprogramm würde das Land Niedersachsen hier einen wichtigen Beitrag zur Struktursicherung der Jugendarbeit leisten.

Um dem freiwilligen Engagement in der Jugendarbeit in seiner zentralen gesellschaftlichen Bedeutung mit der nötigen Aufmerksamkeit und Würdigung gerecht zu werden, müssen alle gesellschaftlichen Träger ihr Engagement und ihre Unterstützung verstärken. Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings fordern daher Politik, Verwaltung, Unternehmen und Schulen auf, ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit wohlwollend zu fördern und zu unterstützen.